ROTER MORGEN



Zentralorgan der
Kommunistischen Partei
Deutschlands/Marxisten-Leninisten

3Jg. Febr.69 40 Pfg

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Schafft die Einheit zwischen Arbeitern und Studenten !

"Letzten Endes befindet sich die Trennungslinie zwischen einem revolutionären Intellektuellen und einem nichtrevolutionären oder konterrevolutionären Intellektuellen dort, wo es sich zeigt, ob einer willens ist, sich mit den Massen der Arbeiter und Bauern zu verbinden, und ob er das auch tatsächlich tut."

Mao Tse-tung

Brecht den faschistischen Terror der Reaktion !

Führte im vergangenen Jahr die westdeutsche Bevölkerung, allen voran die Studenten, einen hervorragenden Massenkampf für Demokratie und gegen die Reaktion, so hat auch das neue Jahr vielversprechend begonnen. Das letzte Jahr brachte die größte Massenbewegung seit Ende des 2. Weltkrieges. Angefangen von den Aktionen der Ostertage, hervorgerufen durch den Mordanschlag auf den Genossen Rudi Dutschke, an denen sich rund 300 000 Studenten und Arbeiter beteiligten, bis zu den gewaltigen Demonstrationen gegen die Annahme der Notstandsgesetze, an denen sich Hunderttausende mit Demonstrationen, Streiks, Schulbesetzungen, Versammlungen usw. in über 40 Städten beteiligten. All diese Kämpfe zeigten durch das zunehmende Auftauchen von roten Fahnen und kämpferischen Parolen wie "Zerschlagt den bürgerlichen Staatsapparat" das wachsende Bewußtsein der Menschen.

Dieses Jahr begann vor allem mit dem Kampf der Studenten gegen das dekadente bourgeoise Erziehungswesen und die Klassenjustiz, aber auch gegen die faschistischen Regierungen in Spanien, Griechenland und den Aggressionskrieg des US-Imperialismus in Vietnam. Hier eine kleine, unvollständige Übersicht über die Aktionen der letzten vier Wochen.

Frankfurt, 8.1. Aus Protest gegen den Aggressionskrieg in Vietnam erfolgte ein Anschlag mit "Molotow-Cocktails" gegen das Frankfurter Amerika-Haus. Es entstand ein Sachschaden von 20.000 D-Mark.

Frankfurt, 9.1. Im Terrorprozeß gegen den Heidelberger Studenten Ch. Boblenz wegen angeblichen Landesfriedensbruch kam es zu Kämpfen zwischen Studenten und Polizei. Studenten und Jungarbeiter zogen durch das Gerichtsgebäude, sangen die Internationale und verurteilten in Sprechchören die Klassenjustiz.

Heidelberg, 10.1. Mit unglaublicher Brutalität stürmte eine Hundertschaft Polizisten mit Äxten die von den Studenten besetzten Räume des AStA. Wahllos traten und schlugen sie auf die Studenten ein, mißhandelten sie schwer

und führten eine Reihe Verhaftungen durch.

Heidelberg, 13.1. Am Morgen des 13.1. war die Lage an der Uni noch äußerst gespannt. Um der Besetzung von drei Seminaren zuvorzukommen, waren rund 800 Polizisten aus Nordbaden in Heidelberg zusammengezogen worden.

Frankfurt, 17.1. Aus Angst vor dem Protest der Studenten verwandelte die Frankfurter Justizbehörde das Justizgebäude in eine von rund 400 Polizisten bewachte Festung und stellte mehrere Wasserwerfer bereit.

Westberlin, 18.1. 3000 Westberliner demonstrierten anläßlich der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht vor 50 Jahren gegen die verräterische Sozialdemokratie und das griechische Militärregime. In einer Kampfdemonstration mit wehenden roten Fahnen unter den Bildern von Karl und Rosa, Mao Tse-tung, Lenin und Marx, zogen sie durch das Arbeiterviertel Wedding.

In Sprechchören riefen sie: "Wer hat uns verraten - Sozialdemokraten! Wer hat recht? - Karl Liebknecht." Jungsozialisten verbrannten vor dem SPD-Parteihaus ihre SPD-Mitgliedsbücher. Im Anschluß an die Demonstration kam es in der Innenstadt zu heftigen Kämpfen zwischen einigen hundert Jugendlichen, die die griechische Militärmission angriffen und 3000 Polizisten.

Hamburg, 23.1. Bei den Wahlen zum neuen AStA erlitten auch in Hamburg die Kandidaten der Rechten und Mitte schwere Niederlagen. Die Linke errang die absolute Mehrheit. Gewählt wurde auch der Student Rudi C., gegen den zur gleichen Zeit vor dem Hamburger Gericht ein Terrorprozeß stattfand, in dem er wegen angeblicher Beamtennötigung zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Die treffende Bemerkung eines Zuhörers gegenüber Amtsgerichtsrat Vogt "Sie faschistischer Idiot" wurde mit sofortiger Verhaftung beantwortet.

Münster, 23.1, Rund 3000 Jungarbeiter, Studenten und Schüler legten anläßlich eines Besuches von Bundeskanzler Kiesinger den Verkehr der Innenstadt lahm und empfingen ihn mit Sprechchören wie "Nazi-Kiesinger" und "Sieg Heil". Da es der Polizei, die von der Bereitschaftspolizei des Ruhrgebiets verstärkt worden war, nicht gelang, den Platz vor dem Rathaus zu räumen, mußte Kiesinger das Gebäude durch eine Hintertür betreten. In ihrer Angst hatten die Ratsherren die Fenster des Rathauses mit Brettern und Teppichen verbarrikadiert.

Westberlin, 27.1. Im Anschluß an eine Streikvollversammlung im Audimax, an der rund 1.500 Studenten teilnahmen, zogen mehrere hundert Studenten zum Haus des Kurators der "Freien Universität", besetzten das Gebäude und vernichteten reaktiomäre Schriftstücke. Eine zweite Gruppe verhinderte das Eingreifen der Polizei.

Frankfurt, 28.1. Nachdem bereits am Sonntag, d. 26.1. spanische Demonstranten, unterstützt von deutschen Arbeitern und Studenten aus Protest gegen die Verhängung des Ausnahmezustandes durch das Franco-Regime das Generalkonsulat ihres Landes gestürmt hatten, erfolgten 24 Stunden später Angriffe auf die spanische Bank, die "Iberia" und ein spanisches Reisebüro. Im Anschluß an eine Demonstration, an der sich etwa 500 Perser beteiligten, und die sich gegen das Schah-Regime in Persien richtete, wurde eine neue Kampftaktik praktiziert. Die Demonstranten teilten sich in kleine Gruppen von etwa 10 Mann und griffen die vorher bestimmten Objekte an.

Düsseldorf, 31.1. 40 Studenten des theaterwissenschaftlichen Instituts besetzten das Kultusministerium und errichteten im Foyer Barrikaden aus Kisten und Stühlen.

Frankfurt, 31.1. Mit dem größten Polizeiaufgebot seit Kriegsende versuchte die Polizei einen Prominentenempfang anläßlich der Förderung der olympischen Spiele zu schützen. Jungarbeiter, Studenten und Schüler demonstrierten gegen die herrschende Klasse. Altnazi Kiesinger wurde mit Bu-Rufen empfangen. Ex-Kanzler Erhard konnte die Veranstaltung nicht erreichen, da sein Wagen Schaden erlitt. Angreifende Polizisten auf Pferden wurden mittels Knallkörper aus dem Konzept gebracht, zwei Kripobeamte, die ihre Pistolen zogen, außer Gefecht gesetzt. Demonstranten griffen das ame-

---

Mitteilung: Wir erklären hiermit, daß Werner Heuzeroth, Siegerland, in keiner Verbindung zur KPD/ML steht.

rikanische Generalkonsulat, das Amerika-Haus, das spanische Generalkonsulat. das Polizeipräsidium, die Börse sowie mehrere Banken an.

<u>Köln, 31.1.</u> Nach einem "Teach-in" in der Uni zum Thema Vorbeugehaft und Rechtsradikalismus formierte sich ein Zug von rund 500 Demonstranten, darunter spanische und griechische Arbeiter und griffen in [illegible]aktion das Amerika-Haus, das griechische Generalkonsulat und das portugiesische Konsulat an. Bevor die Polizei überhaupt eingreifen konnte, war die Aktion beendet.

<u>München/Westberlin, 31.1.</u> In München sprengten rund 500 Studenten die Sitzung der philosophischen Fakultät. In Westberlin demonstrierten anläßlich der Grünen Woche rund 300 Jugendliche gegen die Teilnahme Griechenlands, Persiens und Spaniens.

<u>Hamburg, 1.2.</u> Nach einer Veranstaltung gegen Neofaschismus und Imperialismus im Audimax, die von 1.800 Personen besucht war, formierte sich ein Demonstrationszug, der sich in der Innenstadt in mehrere Gruppen auflöste und das Amerika-Haus, die "Pan American Airways", die "Unites States Lines" und die Portugiesische Handelsmission angriffen. Vier Polizeistreifenwagen wurden beschädigt.

<u>Heidelberg, Frankfurt, Westberlin, 3.2.</u> Mit erhobener Faust betraten fünf Heidelberger Studenten den Gerichtssaal, wo gegen sie ein Terrorprozeß gestartet werden sollte. Sie wurden von den Zuschauern mit Beifall begrüßt. In einer Pressemitteilung des Frankfurter SDS hieß es, daß, wenn der verhaftete Student Hans-Jürgen Krahl nicht freigegeben würde, in ganz Hessen die militanten Aktionen verstärkt werden, "den Zeitpunkt der Aktionen werden wir selbst bestimmen. Wir werden notfalls einen Generalstreik der gesamten Hochschulen organisieren." Mehrere hundert Studenten der TU in Westberlin stürmten das Rektorat und vernichteten reaktionäre Akten.

<u>Heidelberg, 4.2.</u> Nachdem am Abend des 3.2. die Studenten mit einem Rammblock das Portal der alten Universität durchbrochen und das Gebäude besetzt hatten, wurde am 4.2. das Gebäude der neuen Universitat geschlossen. Daraufhin griffen nach einem Teach-in etwa 500 Studenten den Gebäudekomplex an und drangen ein. Es kam zu Auseinandersetzungen mit mehreren Hundertschaften der Polizei, die in voller Kampfausrüstung erschienen waren. Demonstranten legten später den Stadtverkehr Heidelbergs lahm, da die Polizei, um den Einsatz von Wasserwerfern nicht zu gefährden, den Oberleitungsstrom der Straßenbahn abschalten mußte.

<u>Hamburg, 4.2.</u> Nachdem in der Nacht vom 3. auf den 4.2. Polizisten das von den Studenten besetzte psychologische Seminar unter brutaler Gewalt geräumt, 19 Personen festgenommen hatten, von denen ein Teil im Schnellverfahren abgeurteilt wurde, besetzten Studenten am 4.2. das Germanistische Institut.

<u>Frankfurt, 5.2.</u>
Anläßlich eines Schnellverfahrens ge-

SCHNELLGERICHT

Ja, meine Herrn vom Schnellgericht,
Die ganze Sache klappt noch nicht.
Da setzt mal Tempo hinter!
Denn wen die Polizei vertrimmt,
Der ist von vornherein bestimmt
Kein ordentlich Gesinnter.

Wozu noch Kreuz- und Querverhör,
Ob der's gewesen oder der!
Was ist man da so kleinlich?
Wer Krach kriegt mit der Polizei,
Daß der kein Staatszerstörer sei,
Ist völlig unwahrscheinlich.

Herr Staatsanwalt, warum so mild?
Wer unerlaubt die Straßen füllt,
Ist peinlich zu bestrafen.
Und außerdem fällt ins Gewicht:
Der Mann kann froh sein, daß ihn nicht
Die blauen Bohnen trafen.

Ja, meine Herrn vom Schnellgericht:
So kommt das Staatsgeschwür ja nicht
Zur radikalen Heilung.
Auch leiden wir ja heut, man sieht's,
An Überlastung der Justiz.
Ich bin für Arbeitsteilung.

Macht Schluß und laßt die Akten ruhn!
Die Polizei kann auch was tun.
Für alle andern Fälle
Genügt ein Polizeimajor;
Und dem macht keiner etwas vor.
Da geht es auf die Schnelle!

1931

gen den SDS-Studenten Hans-Jürgen Krahl wurden 70 geladene Zeugen brutal von der Polizei aus dem Gefängnisgebäude geprügelt. Daraufhin kam es in der Innenstadt zu schweren Kämpfen zwischen Polizei und Studenten, Jungarbeitern und Schülern. Passanten wurden von der Polizei aufgefordert, sich in alle Richtungen zu zerstreuen, um den Polizeieinsatz nicht zu behindern.

Hamburg, 5.2. Als schrecklichsten Augenblick in meinem Beruf und als Aufruhr bezeichnete Bürgermeister Drexelius die Demonstration von rund 4.000 Studenten und Jungarbeitern - trotz Polizeiverbot - durch die Hamburger Innenstadt und die Bannmeile um das Rathaus. Die um 700 Mann der Bereitschaftspolizei aus Eutin verstärkte Hamburger Polizei wagte nicht einzugreifen. Im Anschluß an die Demonstration kam es, provoziert durch die Polizei, zu einem Kampf um den Philosophenturm.

Heidelberg, Hamburg, 7.2. Zu schweren Straßenschlachten zwischen Polizei und Studenten, bei denen die Polizei Wasserwerfer und Knüppel einsetzte, kam es am Abend in Heidelberg. 14 Demonstranten wurden in das Landesgefängnis von Mannheim eingeliefert. In Hamburg beschlossen Studenten das Rektorat zu besetzen. 600 Studenten zogen zum Rektorat, ein Teil drang in das Gebäude ein.

Soweit die Aufzählung der Aktionen in den letzten Wochen, die keinen Anspruch darauf erhebt, vollständig und ausführlich zu sein. Was zeigen uns die hier angeführten Fakten. Sie zeigen uns, daß es auch in der Bundesrepublik immer mehr Kräfte gibt, die erkennen, daß es nicht genügt, Reformen zu fordern, sondern daß es notwendig ist, die Gesellschaft auf revolutionärem Wege zu verändern.

Wie aber reagiert die herrschende Klasse auf die Forderung nach einer demokratischen Hochschulreform? Mit Justiz und Polizei oder schlichtem Betrug. Die Studenten wollten in Lehrveranstaltungen diskutieren. Die Ordinarien denunzierten das als Zerstörung der Freiheit von Forschung und Lehre. Die Studenten organisierten sich in Arbeitsgruppen, der Rektor kriminalisierte diese, der AStA koordinierte die studentischen Arbeitsgruppen, die Universitätsadministration versucht politische Zensur mit dem Druckmittel der Rechtsaufsicht. Die Studenten übernahmen die für diese Arbeit notwendigen Produktionsmittel, Kuratorium und Ordinarien holten die Polizei.

Hier hilft nichts anderes, wenn man sich nicht einfügen, wenn man nicht zum Sklaven der herrschenden Monopolbourgeoisie werden will, als den Kampf aufzunehmen, den Kampf zum Sturz dieser Bourgeoisie und der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates. Dieser Kampf kann und wird jedoch nur gewonnen werden, wenn sich die Arbeiterschaft mit den revolutionären Studenten verbindet.

Und hier liegt, wie wir wissen, der Hase im Pfeffer. Zwar beteiligen sich in zunehmendem Maße schon Jungarbeiter und Lehrlinge an den Aktionen der fortschrittlichen Studenten und sind manchmal schon die Avantgarde, wenn es zum Kampf kommt. Aber genügt das? Nein! Bevor nicht die Masse der Arbeiter, Angestellten und Bauern ihre Klassenlage bewußt erkannt und begriffen hat, daß der Kampf der fortschrittlichen Studenten ein Teil ihres Kampfes ist, ist an eine grundlegende Änderung der Gesellschaftsordnung nicht zu denken. Und hier liegt der Schwerpunkt der Arbeit unserer Partei, die die Partei der Arbeiterklasse, ihr bewußter und organisierter Vortrupp, die höchste Form ihrer Klassenorganisation ist. Deshalb zieht sich wie ein roter Faden durch unser Statut: Schwerpunkt unserer Arbeit liegt in den Betrieben. Hier müssen wir beginnen. Ausgehend vom derzeitigen Bewußtsein der Werktätigen, aber immer mit dem Ziel vor den Augen, ihnen den Klassencharakter unserer Gesellschaft und die unabdingbare Notwendigkeit der Veränderung dieser Gesellschaft auf revolutionärem Weg zu erklären.

Die Angst der Herrschenden

Noch hat es keine größeren Streiks gegeben, noch sind die Arbeiter nicht auf die Straße gegangen, noch gelingt es den Lakaien der Monopolbourgeoisie, rechten Gewerkschaftsführern und Funktionären der SPD und DKP die Massen bei

der Stange und im Konsumdenken gefangenzuhalten, doch schon zittern sie, die Kiesinger, Heck, Schmidt, Barzel, Strauß, Klunker und wie das ganze reaktionäre Gelichter noch heißt. Schon rufen sie nach der Gewalt, um die Herrschaft ihrer Brötchengeber, der Herren der Monopole und Banken zu sichern.

Ihre Wut, ihr Haß richtet sich gegen die Studenten, die es wagten, diese Gesellschaftsordnung in Frage zu stellen. Gegen sie versuchen sie reaktionäre Omas und Opas im Geiste des Faschismus befangene Bundesbürger "die müßte man alle vergasen" - kurz, all die Nichtwissenden in Rage zu bringen. Bewußt nutzen sie das Streben der Menschen nach Sicherheit und Ordnung - die sie ihnen nie geben können - für ihre politischen Zwecke, drohen sie und hetzen sie zum Pogrom.

Wenn Altnazi Kiesinger droht: "Man muß endlich diesen Leuten gegenüber mit den salbungsvollen Sprüchen aufhören"; wenn CDU-Generalsekretär Heck fordert, es müssen die "linksextremistischen" Studenten von der Hochschule verwiesen werden; wenn Bundesinnenminister Benda fordert, die Gewährung von Stipendien nach dem Honnefer Modell für die rebellischen Studenten zu streichen; wenn Heidelberger Staatsanwälte zu den brutalen Ausschreitungen der Polizei gegen Studenten und Journalisten bemerkten "wo gehobelt wird, fallen Späne", so ist das kein Zeichen der Stärke, sondern ihrer Schwäche. Sie handeln wie alle herrschenden Klassen vor ihnen, wenn sie ihre Privilegien bedroht sahen. Mit nackter Gewalt. Doch sicher wird ihnen der Stein, den sie jetzt aufhoben, auf die eigenen Füße fallen.

Bundesgenossen

Daß die rechten Gewerkschaftsführer schon immer Handlanger der Monopolbourgeoisie im Lager der Arbeiterklasse waren, wissen wir. Deshalb ist es auch nicht verwunderlich, wenn Leute wie der Hamburger DGB-Vorsitzende Höhne zu dem Kampf der Studenten gegen das dekadente bourgeoise Erziehungssystem erklärt: "Die Arbeitnehmer haben dafür kein Verständnis" und "man müsse diesen Aktionen mit aller Härte begegnen."

Wundern könnte man sich allenfalls, wenn ein DKP-Blättchen, das vorgibt, für den Sozialismus und gegen den Aggressionskrieg des US-Imperialismus in Vietnam zu sein, Studenten, Jungarbeiter und Lehrlinge als "anarchistische Wirrköpfe" beschimpft, nur weil sie in berechtigter Empörung über den Massenmord der US-Imperialisten in Vietnam einige Scheiben des Hamburger Amerika-Hauses in Trümmer gehen ließen.

Doch so erstaunlich ist das seit den Weltjugendfestspielen in Sofia, wo SDAJ-ler gemeinsam mit bulgarischer Polizei die US-Botschaft vor Demonstranten schützte, gar nicht mehr. US-Imperialismus und Sowjetrevisionismus sind nur die zwei Seiten einer Medaille, so wie man hier und heute die bestimmenden DKP/KPD-Funktionäre ruhig den Arbeiterverrätern vom Schlage eines Höhne, Kluncker, Leber usw. zurechnen kann.

Liebe Leser, Genossinnen, Genossen!

So leid es uns tut, aber der Platz reicht nicht mehr aus. Der Platz, um der Aufgabe des ROTEN MORGEN als kollektiver Agitator, Propagandist und Organisator gerecht zu werden.

Agitation, das heißt: Aufklärung aller Schichten der Bevölkerung über aktuelle Tagesfragen im Sinne der Erziehung und Entwicklung des gesellschaftlichen Bewußtsein.

Propaganda, das heißt: Planmässige Verbreitung von Lehren, Ideen, Anschauungen, politischen Theorien und Grundsätzen, insbesondere die wissenschaftlich fundierte Erklärung der Lehren des Marxismus-Leninismus.

Organisator, das heißt: Das zu tun, was wir im letzten Jahr taten, zweckbestimmt auf den Zusammenschluß zu einer Organisation, der Partei hinzuarbeiten.

Was also tun? Die Seitenzahl erhöhen. Aber wie? Zwei Möglichkeiten bieten sich an: Erstens: zweimal im Monat erscheinen, jeweils mit 8 Seiten. Oder einmal mit 16 Seiten. Die erste Möglichkeit, zweimal im Monat, läßt sich aus drucktechnischen und anderen Gründen - schließlich wird der

ROTE MORGEN vom Redaktionskollektiv neben der täglichen Arbeit geschrieben und fertiggestellt - schwer verwirklichen. Ein anderer Nachteil wäre, daß sich dadurch der Jahresabonnementspreis von 5,-- auf DM 10,-- erhöhen würde. Die zweite Möglichkeit hat den Vorteil, daß bei gleicher Seitenzahl von 16 Seiten das Porto voll ausgenutzt wird und sich dadurch der Jahresabonnementspreis nur um DM2,40, also auf DM 7,40 erhöht. Wir möchten es unseren Lesern überlassen, sich für die eine oder andere Möglichkeit oder eventuell für eine dritte zu entscheiden. Schreibt uns und teilt uns Eure Vorschläge mit, auch was die notwendige inhaltliche Verbesserung unserer Zeitung betrifft.

Redaktionskollektiv
ROTER MORGEN

Kripo beobachtet Streiks

Die Kripo-Hauptstelle Baden-Württemberg hat alle örtlichen Kriminalpolizeidienststellen angewiesen, "besondere Ereignisse" - genannt werden ausdrücklich Streiks und Demonstrationen - zu beobachten und gegebenenfalls weiterzumelden. In der Praxis sieht das so aus, daß Kripobeamte bei den Direktionen solcher Betriebe nachfragen, in denen Streiks und Protestaktionen stattfinden, sich nach Ursachen, Hintergründen und "Rädelsführern" erkundigen, um sie in die "Schwarzen Listen" für den Tag X aufzunehmen.

Werbt neue Leser für den ROTEN MORGEN - Stärkt die Reihen der KPD/ML

HINEIN IN DIE BUNDESWEHR !

Aufgabe jedes jungen Marxisten-Leninisten

Eines oder besser das entscheidende Mittel zur Aufrechterhaltung der Herrschaft der Monopolbourgeoisie ist die bewaffnete Macht, sind Polizei, Bundesgrenzschutz, Bundeswehr. Schon bald nach Ende des Zweiten Weltkrieges bauten die deutschen Imperialisten unter der Führung des verbrecherischen USA-Imperialismus die Bundesrepublik systematisch als Angriffsbasis gegen das gesamte sozialistische Lager auf. Unter Bruch des Potsdamer Abkommens und mit Zustimmung der verräterischen Führung der SPD wurde die allgemeine Wehrpflicht wieder eingeführt.

Zügig wurde seit 1956 der Aufbau der Bundeswehr vorangetrieben. Bisher wurden rund 200 Milliarden D-Mark für die Wiederaufrüstung ausgegeben, und es heißt an Märchen glauben, wenn man angesichts eines Verteidigungsbudgets von 22 Milliarden pro Jahr annimmt, der Charakter der Bundeswehr sei rein devensiver Natur.

Fünf Jagdbombengeschwader, ausgerüstet mit dem F-104 Atombomber zur offensiven "Luftverteidigung" und zwei Flugkörpergeschwader, ausgerüstet mit der zweistufigen atombombentragenden Rakete "Pershing" sowie hochmobile "Leopard"-Panzerangriffsverbände und Einheiten von Landungsbooten zeigen deutlicher als die beschönigenden Worte der Bonner Revanchepolitiker den wahren Charakter der Bundeswehr.

Doch das ist nur die eine Seite der Medaille. Die andere, für uns zur Zeit wichtigere, ist der geplante Einsatz der Bundeswehr bei "inneren Unruhen", der durch die Annahme der Notstandsgesetze "legalisiert" wurde. Wörtlich: "Zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitlich-demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes (sprich Herrschaft der Monopolbourgeoisie) kann die Bundesregierung,wenn die Polizeistreitkräfte sowie der Bundesgrenzschutz nicht ausreichen, Streitkräfte zur Unterstützung der Polizei und des Bundesgrenzschutzes ... einsetzen."

Hatten bereits vor Lesung der Notstandsgesetze im Bundestag anläßlich der Demonstrationen während der Oster-

tage vergangenen Jahres kriegsstarke Einheiten der Bundeswehr in Bereitschaft gelegen, so wurde in den folgenden Monaten die Zielsetzung immer deutlicher: So berief der Kommandeur Oberstleutnant Zimmer-Vorhaus die Bundeswehr-Heimatschutztruppe Düsseldorf zu einer Übung ein. Als theoretischen Grund für diese Einberufung hatte er Saalschlachten, Krawalle und Straßenkämpfe der außerparlamentarischen Opposition angegeben, "die eindeutig erkennbar von Feindkräften gesteuert wurden." - Der Übungsplan des Fernmelderegiments 753 in Bad Bergzabern, nahm ebenfalls einige Wochen später "Studenten- und Arbeiterunruhen" an, die es zu bekämpfen galt. Man könnte die Aufzählung solcher und ähnlicher Beispiele beliebig fortsetzen. Fest steht, die Bundeswehr als Machtinstrument der Monopolbourgeoisie ist als Eingreifreserve gegen die um ihre Befreiung vom Joch des Kapitalismus kämpfenden Volksmassen gedacht.

Weiß man dies, so ist es für einen Marxisten-Leninisten nicht schwer, daraus die notwendigen Schlußfolgerungen zu ziehen. Wie stellt sich uns heute die bewaffnete Macht des Klassengegners dar:

1) die Polizei, vor allem die Bereitschaftspolizei ist die Knüppelgarde der Reaktion. Mit ihr sehen sich die fortschrittlichen Kräfte unseres Volkes bei ihren außerparlamentarischen Demonstrationen und Aktionen direkt konfrontiert. Ausgebildet von "Ehemaligen", von führenden SS-Dienstgraden, wurde sie auf "potentielle Unruhestifter und Staatsfeinde", sprich um ihre Rechte kämpfenden Arbeiter und Studenten, abgerichtet. In ihr herrscht der Geist des Faschismus, wie er in ihren brutalen sadistischen Ausschreitungen zum Ausdruck kommt. Sie ist die SA, die Sturmabteilung der Monopolbourgeoisie und schreckt, wie Westberlins Innensenator Neubauer ankündigte, nicht vor Gebrauch von Schußwaffen als Mittel gegen Demonstranten zurück.

Wie sollen wir uns ihr gegenüber verhalten? Differenzieren? Dort wo man uns brutal zusammenschlägt, gibt es nichts mehr zu differenzieren. Dort muß man der konterrevolutionären die revolutionäre Gewalt entgegensetzen. Hier gilt die Gleichheit der Mittel. Dort aber wo uns der einzelne Polizist friedfertig gegenübertritt, sollten wir tatsächlich differenzieren und versuchen, ihm seine Klassenlage klarzumachen, ihn auffordern, sich nicht länger als Büttel der Reaktion mißbrauchen zu lassen.

2) der Bundesgrenzschutz. Was für die Polizei gilt, gilt bedingt auch für den Bundesgrenzschutz. Wie sie ist er ideologisch auf die herrschende Klasse ausgerichtet. Wie sie, besteht er aus Freiwilligen, die für ihren Job bezahlt werden. Wir sollten uns hier nichts vormachen. Vorläufig meint die herrschende Klasse noch mit ihren Polizeiverbänden auskommen zu können. Der Einsatz des Bundesgrenzschutzes, der über schwere Infantriewaffen verfügt, ist erst für später, wenn es zu größeren Streikkämpfen und Demonstrationen kommt, vorgesehen. Nicht umsonst liegt der Schwerpunkt der Ausbildung beim Bundesgrenzschutz im Straßenkampf, nicht umsonst forderte die Bundesregierung dieser Tage in ihrem Konzept über die zivile Verteidigung eine wesentliche Verstärkung der Polizei und des Bundesgrenzschutzes zur Bewältigung von Aufgaben im Kriegsfall und in Spannungszeiten, wobei der Schwerpunkt sicher auf dem "in Spannungszeiten" liegt. Die Aufstellung von Reserveeinheiten heißt es, sei dringend geboten.

3) die Bundeswehr. Bei ihr liegt unsere wichtigste Aufgabe. Sie zu analysieren, unser Verhalten zu ihr zu differenzieren, ist eine wichtige Sache. Wie schon gesagt, gilt für die Monopolbourgeoisie die Bundeswehr als letzte Eingreifreserve, als Eckpfeiler zur Erhaltung ihrer Macht.

Was unterscheidet nun die Bundeswehr von Polizei und Bundesgrenzschutz? Das wesentliche ist wohl, daß in ihr ein Großteil Wehrpflichtiger dienen, Menschen also, die man - sehr oft gegen ihren Willen - zum Bund gezogen hat. Hier ist ein wichtiger Ansatzpunkt für unsere Arbeit. Natürlich sind auch hier das Offizierscorps, das zu über 50 v.H. aus Heimatvertriebenen und Flüchtlingen besteht, und große Teile des Unteroffizierscorps, Stützen der Reaktion, die die Soldaten im Sinne des Antikommunismus zu beeinflussen. suchen. Wie bekannt, ist der Anteil der NPD-Wähler in der Bundeswehr besonders stark und liegt mit 20 bis 25 Prozent erheblich über den Durchschnitt.

Diese Tatsache darf aber keinesfalls zu dem Schluß führen, die Bundeswehr sei in ihrer Gesamtheit faschistisch.

Bekanntlich sind die hier angeführten Wähler über 21 Jahre, also Zeitdienende, Offiziere und Unteroffiziere. Bei letzteren ist die Unzufriedenheit mit ihrer sozialen Lage besonders stark.

Das wachsende politische Unbehagen bei den Soldaten, hervorgerufen durch Notstandsgesetze und Polizeiterror - drückte sich im letzten Jahr besonders durch die steigende Zahl der Wehrdienstverweigerer aus, die im letzten Jahr 11 000 erreichte. Davon stellten 3.300 ihren Antrag erst, nachdem sie schon Soldaten der Bundeswehr waren.

Diese Entwicklung hat bei der Monopolbourgeoisie und ihrem ausführenden Organ, der Bundesregierung, tiefe Besorgnis ausgelöst. Der Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Verteidigung, Zimmermann (CSU), erklärte: "Mit der Kriegsdienstverweigerung kann es so nicht weitergehen. Wenn sich reihenweise Wehrpflichtige nach der Grundausbildung bei der Bundeswehr als Kriegsdienstverweigerer melden und damit ein Geschütz blockieren, oder gar ein ganzes Bataillon funktionsunfähig machen, dann ist das keine Gewissensentscheidung mehr, sondern eine Gefahr für unsere Sicherheit." - Wessen Sicherheit? Natürlich nicht unsere, sondern die der herrschenden Kreise.

Wie stehen wir Marxisten-Leninisten zu dieser Entwicklung? Natürlich begrüssen wir sie. Doch obwohl das Mittel der Wehrdienstverweigerung die Reaktionäre beunruhigt und auch beträchtliche Verwirrung in der Truppe stiftet, ist es letzten Endes eine stumpfe Waffe, ja, ein Mittel, das auf die Dauer selbstmörderisch wirkt.

Wie wir wissen, verschärfen sich die Widersprüche im imperialistischen Lager ständig. Die Widersprüche zwischen Kapital und Arbeit, zwischen den imperialistischen Staaten und den kolonialen und halbkolonialen Staaten sowie den Ländern der "Dritten Welt" und zwischen imperialistischen Mächten untereinander führen in jedem Land zu einem Stadium, in dem die Proletarische Revolution praktisch unvermeidlich geworden ist. Dies wird auch von der westdeutschen Monopolbourgeoisie erkannt, der der Schreck der revolutionären Frühjahrskämpfe 1968 in Frankreich mächtig in die Knochen gefahren ist und die alles unternimmt, um gegen den sich unaufhaltsam verschärfenden Klassenkampf gewappnet zu sein.

Im Verlauf des revolutionären Kampfes wird es zwangsläufig, wie wir aus der Geschichte wissen, zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den revolutionären Volksmassen und den Instanzen des Klassenfeindes (Polizei, Grenzschutz, Bundeswehr) kommen. Nur wenn es uns gelingt, schon in Zeiten relativer Ruhe Einfluss auf die bewaffnete Staatsmacht zu gewinnen, wird es uns im Augenblick der Entscheidung möglich sein, mit Erfolg zu kämpfen. Das aber heißt für jeden wehrpflichtigen Marxisten-Leninisten: "Rein in die Bundeswehr!"

Nicht nur um Schießen, die modernen Waffen beherrschen zu lernen, sondern um Einfluss im Sinne unserer marxistisch-leninistischen Weltanschauung auch die Soldaten zu gewinnen. Um ihnen klar zu machen, daß sie durch ihren Dienst in der Bundeswehr nicht dem Schutz von Heimat und Volk, sondern der Aufrechterhaltung der Macht der herrschenden Klasse, einer winzigen Minderheit, dienen. Denn letzten Endes entscheidet der Mensch und nicht die Waffen. Was nützen den Herrschenden all ihre Starfighter und Panzer, wenn die Piloten und Panzerfahrer nicht mehr bereit sind, für sie zu fliegen oder zu fahren, sondern die Gewehre in die richtige Richtung drehen.

Sich eng mit den Massen verbinden heißt dort zu sein, wo die Massen sind, also auch bei der Bundeswehr. Schaffen wir Gruppen in der Bundeswehr. Wirken wir, wo dies durch wehrpflichtige Marxisten-Leninisten nicht möglich ist, von außen auf sie ein. Der Klassengegner wird zetern:

SDS-Mitglieder gehen in die Bundeswehr

Auch der SDS hat seine Mitglieder aufgefordert, ihren Wehrdienst abzuleisten, "um praktische Kritik auch innerhalb der Bundeswehr zu entfalten." Wie ein SDS-Sprecher sagte, habe die Kampagne "Tragt Unruhe in die Bundeswehr" schon gute Erfolge gehabt. So haben bei einer Diskussion mit Soldaten vom Wachbataillon Bonn in Siegburg 90 % geäußert, sie würden nicht auf Studenten schiessen.

"Sie wollen die Bundeswehr zersetzen". Mitnichten, wir wollen die Bundeswehr zu dem machen, was sie sein sollte, eine Armee die dem Volke dient, eine Volksarmee. Das wird ein langer, beschwerlicher Weg sein. Doch wir müssen ihn beschreiten, wenn wir siegen wollen.

Nichts gefallen lassen

Ein Genosse der KPD/ML, derzeit bei der Bundeswehr, diskutiert mit seinen Kameraden nicht nur über die Lehre des Genossen Mao Tse-tung, er hing auch das Bild "Vorsitzender Mao Tse-tung auf dem Weg nach Anyuan" in seinem Kleiderschrank auf. Dies mißfiel bei einem Stubendurchgang und Spind-Appell dem Hauptfeldwebel seiner Batterie. Er befahl ihm, das Bild zu entfernen.

Der Genosse legte daraufhin Beschwerde ein. In der Beschwerde heißt es u.a.: "Da mir dieses Werk künstlerisch sowie inhaltlich sehr nahe steht, fühle ich mich nach Artikel 5 des Grundgesetzes beleidigt und auch meiner künstlerischen Freiheiten beraubt. Da ich nicht glaube, daß Hauptfeldwebel R. den Wert dieses Kunstwerkes voll beurteilen kann, beschwere ich mich gegen diesen Vorfall und verlange, daß ich das Bild wieder in den Spind hängen darf."

Die Beschwerde hatte Erfolg. In dem Entscheid des Hauptmanns und Batteriechefs heißt es u.a.: "Die Beschwerde ist zulässig und begründet. Meine Ermittlungen haben ergeben, daß der Sachverhalt, den Sie vorbringen, richtig ist. Nach Rücksprache bei der vorgesetzten Kommandobehörde ist es Ihnen gestattet, in Ihrem Schrank ein Bild dieser Art aufzuhängen. Ich habe den Hauptfeldwebel R. hierüber belehrt."

Kritik und Selbstkritik

Wir verfügen über die marxistisch-leninistische Waffe der Kritik und Selbstkritik.

(Mao Tse-tung)

Kritik und Selbstkritik sind ein Entwicklungsgesetz der Partei.

(Statut der KPD/ML)

Ein Kommunist soll offenherzig, ehrlich und aktiv sein.

(Mao Tse-tung)

Als einzige Parteien der Welt sind die Parteien des Marxismus-Leninismus auf dem Prinzip der Kritik und Selbstkritik aufgebaut. So stehen also die Forderungen des Genossen Mao Tse-tungs nach Offenherzigkeit, Ehrlichkeit und seine Feststellung, daß die revolutionären Parteien der Arbeiterklasse aller Länder über die Waffe der Kritik und Selbstkritik verfügen, am Anfang dieses Artikels. Man wird sich vielleicht fragen, warum dazu nun extra noch ein Artikel notwendig ist. Die Forderungen sind doch klar und deutlich und in unserer Partei sind sie sogar ins Statut aufgenommen worden. Nun, Forderungen selbst - wenn sie schriftlich in Statuten festgelegt worden sind, besagen für sich noch gar nichts.

Werfen wir zu näheren Erläuterung einen Blick auf die Struktur unserer Partei. Nach langen Diskussionen und vielen Reisen einzelner Genossen, nach vielen Gesprächen in allen Teilen Westdeutschlands hat sich eine zunächst noch kleine Gruppe zur Kommunistischen Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) zusammengeschlossen, um eine Politik im Sinne der Lehren von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tse-tungs durchzuführen. Soweit, so gut. Nur darf über diesen erfreulichen Anfang nicht vergessen werden, daß es in unserer Partei kaum Genossen gibt, die sich länger als ein Jahr kennen, daß es noch manche Widersprüche in verschiedenen Punkten gibt, die erst in der praktischen Arbeit der nächsten Monate und Jahre geklärt werden können. Darüber hinaus muß auch von Anfang an klar sein, daß es gewiß - und das be-

sonders angesichts der ständigen Vergrößerung der Partei - persönliche Differenzen zwischen einzelnen Genossen gibt, die die politische Arbeit beeinträchtigen. Um dieses weitgehend zu vermeiden, müssen die einzelnen Genossen sich immer und immer wieder nach den Motivationen für ihre Handlungsweisen fragen, müssen sich immer wieder die Frage stellen, ob sie an den Genossen richtig gehandelt haben, ob sie sich einer politischen Auseinandersetzung konfrontiert sehen oder einer persönlichen. Um diese Selbstanalyse durchzuführen ist eine Kritik an sich selbst notwendig, ein Überdenken des eigenen "Ich", eine Untersuchung des eigenen Tuns. Genosse Mao Tse-tung gibt uns dazu die Anleitung. In seinen Werken "Über den Widerspruch", "Über die richtige Behandlung der Widersprüche im Volk" und "Über die Berichtigung falscher Anschauungen in der Partei" führt er aus, wie die Kritik und Selbstkritik zu geschehen hat. Jeder Marxist-Leninist muß diese Werke lesen, um über die richtige Anwendung von Kritik und Selbstkritik und ihre Grenzen informiert zu sein.

Wesentlichster Grundsatz bei Kritik und Selbstkritik ist der Satz "Die Krankheit vernichten, den Patienten retten". In der Praxis bedeutet das, daß wir uns davor hüten müssen, jetzt munter draufloszukritisieren. Es sollte und muß uns immer um die wesentlichsten Dinge gehen. Wesentlichstes für einen Kommunisten aber muß das politische Verhalten sein. Es geht daher, wie Genosse Mao Tse-tung ausführt, nicht an, die Genossen auf Grund ihrer persönlichen Schwächen zu kritisieren oder Emotionen in die Kritik hineinfliessen zu lassen, also seinen Egoismus austoben, weil man sich vielleicht durch die Kritik oder den Widerspruch eines Genossen beleidigt und angegriffen fühlt, sondern es darf sich hier im wesentlichen nur um politische Kritik handeln. Denn, wie Genosse Mao Tse-tung sagt, besteht die Gefahr, daß sich die Aufmerksamkeit der Partei auf kleine Mängel konzentriert, die Menschen ängstlich und übervorsichtig werden und die politischen Aufgaben der Partei vergessen.

Kritik, berechtigt und wichtig wie sie ist, setzt darüber hinaus aber noch eines voraus: Selbstkritik bedeutet nicht, daß sich der kritisierte Genosse nun an die Brust schlägt und vor großem Gremium mit eigenen Worten noch einmal die Kritik der anderen Genossen wiederholt und Besserung gelobt, das allein ist ein verbaler und vordergründiger Akt, der mit dem Wesen der Kritik und Selbstkritik wenig gemein hat. Nein, wir meinen hier die selbstkritische Analyse, die jeder Genosse durchführen muß bei seiner eigenen Person und seinen Motiven, wenn er sich hinstellt und Kritik an anderen Genossen üben will. Viele Genossen werden dann sehr bald, sofern sie ehrlich gegen sich selbst sind, begreifen, wie kleinbürgerlich und persönlich ihre Kritik ist.

Genosse Mao Tse-tung fordert in seiner Schrift gegen den Liberalismus: "Ein Kommunist soll offenherzig, ehrlich und aktiv sein." Bei unserem Thema kommt es uns jetzt vor allem auf die Bestimmung der beiden ersten Forderungen an, weil sie Grundvoraussetzungen ganz besonders für die Durchführung von Kritik und Selbstkritik sind. In der Praxis heißt das: wenn ich an einem Genossen meine, Kritik üben zu müssen, dann muß ich diese Kritik entweder zunächst einmal dem Betroffenen mitteilen oder in seinem Beisein, der Gruppe oder in welchem Gremium auch immer ich es zur Sprache bringen will, vorbringen. Wichtig aber ist, daß dieser von mir angegriffene Genosse ebenfalls darüber Bescheid weiß. Ein unmögliches, an übelste revisionistische Verhaltensweisen erinnernde Haltung aber ist es, wenn ich Kritiken an einem Genossen habe und sie hinter seinem Rücken heimlich anderen Genossen mitteile, ihm gegenüber aber weiterhin freundlich und zuvorkommend bin, ihn also auf schäbigste Weise anlüge. Geschieht so etwas, so hat jeder aufrechte Kommunist die moralische und ihm vom Marxismus-Leninismus gestellte Pflicht, den Genossen, der auf so heimtückische Art hinter dem Rücken eines anderen schludert, auf seinen Fehler aufmerksam zu machen, ihn zur Selbstkritik aufzufordern. Dieses Schludern, in bürgerlichen Parteien gang und gäbe und einer der Wesenszüge des Revisionismus, muß ausgerottet werden, und zwar bei den kleinsten Versuchen, wenn die Partei nicht unabsehbaren Schaden erleiden soll.

Hat ein Genosse Fehler begangen und

ist er dafür kritisiert worden, so muß ihm die Chance gegeben werden, diese Fehler durch praktische und harte Arbeit wieder gutzumachen. Es geht aber nicht an, daß dieser Genosse nun von den anderen mit Mißtrauen und Unfreundlichkeit behandelt wird, weil er einen Fehler gemacht hat. Fehler machen wir alle, es kommt aber darauf an, dieses zu erkennen und selbstkritisch und fleissig zu ändern. Genosse Mao-Tsetung schreibt dazu, daß die Kommunisten Genossen, die falsch gehandelt haben, nicht von sich stoßen dürfen, sondern diese durch ihre Überzeugungskraft und ihre aufbauende Kritik zum besseren wandeln, damit "sie das Alte ablegen und von neuem beginnen".

Wir sehen also, daß es sich zwar einfach sagen läßt, daß die Partei nach den Prinzipien von Kritik und Selbstkritik aufgebaut wäre, daß die Praxis aber auf Grund unserer eigenen menschlichen Unzulänglichkeit häufig anders aussieht. Üben wir also erst einmal Selbstkritik, bevor wir daran gehen über andere Genossen zu urteilen. Und hüten wir uns davor, diese Kritik hinter dem Rücken des Kritisierten zu üben. Erweisen wir uns als Kommunisten im Sinne des Genossen Mao Tse-tung: seien wir offenherzig, ehrlich und aktiv; sehen wir zunächst einmal auf unsere eigenen Fehler und denken wir bei der Kritik an einem Genossen an die gemeinsame große Aufgabe und lassen uns nicht von Gefühlen leiten.

ICH WAR, ICH BIN, ICH WERDE SEIN

Vor 50 Jahren wurden in Berlin Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, die Begründer und ersten Führer der Kommunistischen Partei Deutschlands von einer brutalen Soldateska mit Billigung der "Arbeiterpartei" SPD grausam ermordet. Vor 50 Jahren! In diesen 50 Jahren hat sich die Richtigkeit und Gerechtigkeit ihres Kampfes, der nun der unsere geworden ist, Tag für Tag und Jahr für Jahr bestätigt. Was sie vermeiden wollten, ist geschehen, wogegen sie gekämpft hatten, das hat vorerst den Sieg davongetragen.

Heute, nach 50 Jahren, müssen wir uns fragen, wer heute an der Stelle der konterrevolutionären SPD-Führung des Jahres 1919 steht, wer heute die Arbeiterklasse und alle mit ihr verbündeten Kräfte verrät und verleumdet. Es ist erschreckend zu sehen, daß sich in diesen 50 Jahren so gar nichts in Deutschland geändert hat. Im Westen herrschen die monopolkapitalistischen Kräfte mit Hilfe einer bürgerlichen SPD, im Osten eine revisionistische Partei, die kaum mehr Anspruch auf die Bezeichnung "sozialistisch" erheben kann. Beide, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg haben Zeit ihres Lebens gegen jeden Verrat am Sozialismus gekämpft. Grotesk zu sehen, was heute geschieht:

Die DKP-Führer, fürwahr echte Lakaien der Bourgeoisie, besitzen die unglaubliche Frechheit, mit Fackelzügen und Kundgebungen derer zu gedenken, die sie in den vergangenen Jahren und Monaten immer wieder verraten haben, sogar die SPD erhebt heute den Anspruch darauf, legitimer Erbe ihrer Ideen zu sein.

Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, revolutionäre Vorkämpfer für die Befreiung der deutschen Arbeiterklasse und des deutschen Volkes vom Joch des Imperialismus und des Faschismus, dessen Opfer sie wurden, werden heute ein zweites Mal geschändet, geschändet von denen, die ihre Revolution verraten haben.

Rosa Luxemburg sagte: "Die Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaftsordnung ist die gewaltigste Aufgabe, die je einer Klasse und einer Revolution der Weltgeschichte zugefallen ist. Diese Aufgabe erfordert einen vollständigen Umbau des Staates und eine vollständige Umwälzung in den wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen der Gesellschaft.

Dieser Umbau und diese Umwälzung können nicht durch irgendeine Behörde, Kommission oder ein Parlament dekretiert, sie können nur von der Volksmasse selbst in Angriff genommen und durchgeführt werden.

Es ist ein toller Wahn, zu glauben,

die Kapitalisten würden sich gutwillig dem sozialistischen Verdikt eines Parlaments einer Nationalversammlung fügen, sie würden ruhig auf den Besitz, den Profit, das Vorrecht der Ausbeutung verzichten. Alle herrschenden Klassen haben um ihre Vorrechte bis zuletzt mit zähester Energie gerungen.

Die imperialistische Kapitalistenklasse wird ihr Allerheiligstes, ihren Profit und ihr Vorrecht der Ausbeutung, mit Zähnen und mit Nägeln verteidigen.

All dieser Widerstand muß Schritt um Schritt mit eiserner Faust und rücksichtsloser Energie gebrochen werden. Der Gewalt der bürgerlichen Gegenrevolution muß die revolutionäre Gewalt [redacted] Proletariats entgegengestellt werden."

Die Entwicklung hat Rosa Luxemburg recht gegeben. In keinem Land der Welt ist bisher der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus auf friedlichem Wege, auf dem Weg über das Parlament erfolgt. Im Gegenteil, der Weg über das Parlament führte bisher immer nur zum Faschismus.

Der Parlamentarismus der Weimarer Republik führte zur Diktatur der Nationalsozialisten und zum grausigsten Kriege und Massenmord der Weltgeschichte, zum 2. Weltkrieg. Der Parlamentarismus der Bundesrepublik hat sich in der kurzen Zeit von zwanzig Jahren zu einer Farce mit faschistischem Charakter gewandelt. Die Reaktionäre, wohl wissend um die Ohnmacht eines parlamentarischen Systems, triumphieren auch in der Bundesrepublik: eine reaktionäre Armee, deren Führer schon die faschistischen Angriffskriege des 3. Reiches führten, sieht ihren Gegner erneut in der sozialistischen Gesellschaftsordnung, eine Großbourgeoisie, schon einmal der Geldgeber der Faschisten, ist wieder dabei, die Feinde der Arbeiter zu unterstützen.

Genau wie schon einmal sind es auch diesmal wieder die Führer der SPD und der Gewerkschaften, die sich zu willigen Handlangern der Reaktion machen lassen. Mehr noch: sie sind inzwischen die Hauptscharfmacher geworden, bangen um ihre Pöstchen und möchten es mit den Bossen nicht verderben. Zu diesem unheiligen Paar gesellt sich heute noch eine Partei, die sich kommunistisch nennt, eine Partei, die die Ideen von Marx, Engels und Lenin zu vertreten vorgibt, die sich als Nachfolger der revolutionären KPD von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht sieht. Ein trauriges Spiel, sieht man, wie sie die Worte der großen Führer des Proletariats ständig im Munde führt, den revolutionären Geist dieser Worte aber ständig verrät.

Vollends zur Groteske aber wird dieser 50. Jahrestag, liest man im "VORWÄRTS", daß Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg zu den großen Führern und Denkern der SPD gezählt werden. Selten wohl haben Mörder ihre Opfer mehr verhöhnt als mit diesem Anspruch. Erinnern wir uns an das Gedicht, das derselbe "VORWÄRTS" am 13. Januar 1919 abdruckte: "Viel hundert Tote in einer Reih - Proletarier! Karl, Rosa, Radek und Kumpanei, - es ist keiner dabei, es ist keiner dabei! Proletarier!

Und diese Leute erheben heute Anspruch auf die Nachfolge der beiden großen proletarischen Revolutionäre!

Nur eine wirklich revolutionäre Partei kann heute Anspruch auf die Nachfolge von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg erheben, eine Partei, die sich dem Geiste der proletarischen Solidarität und des proletarischen Internationalismus verpflichtet fühlt. Wir Kommunisten in der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten erheben diesen Anspruch. Geben wir uns Mühe, das große Erbe, das wir angetreten haben, würdig zu verwalten, seien wir selbstkritisch und ehrlich, daß wir der Aufgabe, die in diesem Anspruch liegt, gerecht werden! Nur dann werden wir den Kapitalisten und allen Reaktionären mit Recht die Worte von Rosa Luxemburg entgegenhalten können:

Ihr stumpfen Schergen! Eure "Ordnung" ist auf Sand gebaut. Die Revolution wird sich morgen schon rasselnd wieder in die Höh' richten und zu Eurem Schrecken mit Posaunenklang verkünden:

Ich war,
ich bin,
ich werde sein.

Arbeit mit der DKP? Praxis und Erfahrugen.

Die DKP-Führung legte am 23.1.1969 der Öffentlichkeit den Entwurf einer Grundsatzerklärung vor. Wie sich schon auf den ersten Blick zeigt, ist in ihr der ganze abgestandene revisionistische Plunder wieder enthalten (wir werden noch näher darauf eingehen). Mit der Vorlage dieser Grundsatzerklärung beweist die Führung der DKP, daß sie bereit ist, die ihr für das Linsengericht ihrer Wiederzulassung durch den bürgerlichen Staatsapparat übertragene Aufgabe getreu zu erfüllen: Abhaltung der auf die notwendige Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse drängenden Kräfte unseres Volkes vom revolutionären Kampf.

Für die Monopolbourgeoisie ist der Kniefall der Führung der DKP/KPD das gefundene Fressen. Dafür nimmt sie sogar in kauf, daß die Partei mit Millionen und aber Millionen D-Mark seitens der SED finanziert wird. Erhofft sie sich doch den ihr drohenden Untergang dadurch abwenden zu können. Man stelle doch nur einmal die Frage: Warum wurde die KPD 1956, also in einer Zeit, da sich kaum eine ernsthafte Opposition gegen die herrschende Klasse regte, verboten und warum wird sie heute, wo sich der Klassenkampf ständig verschärft, wo große Teile der Studentenschaft die bürgerliche Gesellschaftsordnung in Frage stellen und zu kämpfen beginnen, wieder erlaubt?

Wie verhalten wir uns nun gegenüber der DKP/KPD? Hier sollten wir ernsthaft das Wort des Genossen Mao Tse-tung berücksichtigen:

"Die Sowjetunion war der erste sozialistische Staat; die Kommunistische Partei der Sowjetunion wurde von Lenin gegründet. Obwohl nun die Partei- und Staatsführung in der Sowjetunion von den Revisionisten usurpiert wurde, möchte ich allen Genossen raten, an der Überzeugung festzuhalten, daß die breiten sowjetischen Volksmassen, die breite Masse der sowjetischen Parteimitglieder und Funktionäre gut sind, daß sie die Revolution wollen und daß die revisionistische Herrschaft nicht lange dauern wird."

Dieses Wort sollten wir im übertragenen Sinne berücksichtigen, wenn wir auf unser Verhältnis zur DKP/KPD eingehen. Sind denn die Genossen dieser Partei, ja selbst die unteren Parteifunktionäre unsere Feinde? Wollen sie nicht ehrlichen Herzens den Sozialismus? Lehnen sie denn die Diktatur des Proletariats ab? In ihrer überwiegenen Mehrheit tun sie es nicht, sind sie bereit, für die Befreiung der Arbeiterklasse aufrecht zu kämpfen. Deshalb ist es auch falsch, die einfachen Genossen der DKP/KPD als Revisionisten zu beschimpfen, obwohl sie es objektiv sind.

Sie erkennen doch noch gar nicht den ungeheuren Verrat der sowjetrevisionistischen Führungsclique, sie durchschauen doch noch gar nicht das Spiel dieser Clique mit dem US-Imperialismus um die Aufteilung der Welt in Interessensphären. Was wissen sie denn vom leninschen Prinzip der Koexistenz und seiner Verfälschung durch die sowjetischen Revisionisten, von dem Betrug durch die Propagierung des friedlichen Übergangs zum Sozialismus, was anderes wissen sie von der Großen Proletarischen Kulturrevolution in der Volksrepublik China als das, was man ihnen erzählt, daß die chinesischen Genossen Buddhas umschubsen und Kulturdenkmäler zerstören.

Es ist doch gerade die Methode der Führung der DKP/KPD, den Genossen den "Marxismus-Leninismus" aus zweiter, aus revisionistischer Hand zu vermitteln. Warum werden denn von den Genossen in den Grundeinheiten nicht so wichtige Werke wie "Was tun", "Staat und Revolution" von Lenin, "Über die Grundlagen des Leninismus" von Stalin, geschweige denn die Werke von Mao Tse-tung, der Marxismus-Leninismus unserer Zeit anhand der Originale studiert? Weil die revisionistischen Führer wissen, wie gefährlich es für sie und ihre Herrschaft ist.

Was wir also tun müssen in der täglichen Arbeit, im Betrieb, ist, uns eng mit den Genossen der DKP/KPD im Kampf gegen den gemeinsamen Feind, die Monopolbourgeoisie, verbünden, ihnen aber gleichzeitig in geduldiger, sachlicher

Diskussion den Verrat ihrer revisionistischen Führung erklären. Einigermassen sinnlos ist es, sich mit bezahlten Funktionären der DKP/KPD in Diskussionen einzulassen. Für sie gilt in der Regel der Grundsatz "wes Brot ich esse, dessen Lied ich singe".

Während die DKP/KPD bei unseren öffentlichen Versammlungen beispielsweise die Methode anwendet, Leute hineinzuschikken mit dem Auftrag nicht sachlich zu diskutieren, sondern durch unqualifizierte Zwischenrufe und Beschimpfungen wie "Spalter", "Verräter" usw. zu stören - und sich damit selbst entlarvt, muß unsere Methode umgekehrt sein. Gute Erfahrungen haben unsere Genossen in einer westdeutschen Großstadt gemacht, die mit einer Gruppe von 6 Mann eine der zur Zeit auf örtlicher Basis stattfindenden DKP-Versammlungen besuchte. Durch eine im Anschluß an das Referat sachlich und grundsätzlich geführte Diskussion gelang es die Genossen der DKP zu verunsichern und von den rund 20 Anwesenden drei für die Ziele unserer Partei zu interessieren. Und diese drei waren junge Genossen, die erst seit kurzem in der DKP sind. Auf sie aber kommt es uns in erster Linie an.

Also niemals vergessen: Unsere Hauptfeinde sind der USA-Imperialismus, der Sowjetrevisionismus und die mit ihnen verbündete westdeutsche Monopolbourgeoisie, die ostdeutsche Ulbricht-Clique und deren verlängerter Arm in der Führung der DKP/KPD, nicht aber die DKP/KPD-Genossen in unserem Betrieb, in unserem Haus.

Sie gilt es für uns zu gewinnen. Nie aber dürfen wir dem Klassengegner die Freude gönnen, uns gegen unsere Klassenbrüder auszuspielen.

Aus den Landesverbänden

Nordrheinwestfalen. Am 26.1.1969 konstituierte sich in Düsseldorf nach einer erfolgreich durchgeführten Leserversammlung des ROTEN MORGEN der Landesverband Nordrheinwestfalen der KPD/ML. Fünf Ortsgruppen, Essen, Duisburg, Solingen, Köln, Düsseldorf wählten ihre Vertreter, die sich zu einer kollektiven Leitung zusammenschlossen. Der anwesende Genosse einer Paderborner Jugendgruppe wurde beauftragt, den Kontakt zu anderen mit der KPD/ML sympathisierenden Jugendgruppen aufzunehmen.

Westberlin. Die KPD/ML Westberlin konzentrierte ihre Arbeit in den letzten Wochen auf die Sammlung neuer Mitglieder. Ein Flugblatt "Gegen den Revisionismus", das anläßlich der Demonstration zum 50. Todestag von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg verteilt wurde, brachte eine Reihe neuer Kontakte.

Karlsruhe. In Karlsruhe gründete sich eine Ortsgruppe der KPD/ML und nahm ihre politische und organisatorische Arbeit auf.

Siegen. In Siegen verbreitete eine Gruppe ehemaliger Mitglieder der DKP und SDAJ einen Aufruf, in dem sich die Unterzeichner von der revisionistischen Linie ihrer bisherigen Parteiführer lossagen, sich auf den Boden der marxistischen Lehre Mao Tse-tungs stellen und für die nächste Zeit die Gründung eines Kreisverbandes Siegen der KPD/ML ankündigen.

Kiel. Die in Kiel auf Kreisebene arbeitenden Gruppen der KPD/ML intensivierten ihre Schulungsarbeit und nahmen Kontakt zu einer Reihe Marxisten-Leninisten in anderen Städten Schleswig-Holsteins auf, mit dem Ziel, auch hier Ortsgruppen der KPD/ML zu schaffen.

Hamburg. Die KPD/ML Hamburg beschloß auf ihrer konstituierenden Sitzung am 19.1., die Arbeit in drei Gruppen, einer Hafenbetriebsgruppe, einer Jugendgruppe und einer Landesgruppe fortzusetzen. Es wurde eine kollektive Leitung gewählt. Die Jugendgruppe gab inzwischen ein Flugblatt heraus, das an den Oberschulen verteilt wurde. Die Hafenbetriebsgruppe setzte ihre schon Ende November begonnene Arbeit durch die Herausgabe weiterer betrieblicher Materialien fort.

Bayern. Für Bayern ist demnächst in München eine Leserversammlung des ROTEN MORGEN und eine Zusammenfassung der dort wohnenden Marxisten-Leninisten geplant.

Gruß unserer österreichischen Genossen

Die Marxistisch-Leninistische Partei Österreichs (MLPÖ) veröffentlichte in ihrem Zentralorgan "ROTE FAHNE" nachstehenden Artikel zur Gründung der KPD/ML:

Die Gründung der KPD/ML, der eine intensive Vorbereitungsarbeit durch das Redaktionskollektiv, die Lesergruppen und Aktivisten der im Juli 1967 gegründeten marxistisch-leninistischen Monatszeitung "ROTER MORGEN" vorausging, erfolgte auf den Tag genau 50 Jahre nach der Gründung der KPD durch Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg Ende des Jahres 1918. Die westdeutschen Marxisten-Leninisten haben mit der Wahl dieses Datums ihre Entschlossenheit unterstrichen, an die großen revolutionären Traditionen der KPD der Zwischenkriegszeit, der Partei Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs und Ernst Thälmanns, anzuknüpfen und ihr unsterbliches Werk in unserer Zeit fortzuführen.

Wie die auf dem Gründungsparteitag der KPD/ML beschlossenen Dokumente und Erklärungen zeigen, sind sich unsere deutschen Genossen über die Größe und Schwierigkeit der Aufgabe, die sie sich gestellt haben, durchaus klar. Sie haben auch die Tatsache gewürdigt, daß heute noch nicht alle revolutionär orientierten Genossen die unbedingte Notwendigkeit der Gründung einer marxistisch-leninistischen Partei verstehen, daß der unermüdliche Kampf um die Überzeugung und Gewinnung dieser noch abwartenden Genossen aber eine der entscheidenden Aufgaben der nächsten Etappe ist.

Auch die Gründung einer marxistisch-leninistischen Partei geht unter den Bedingungen eines harten und scharfen Klassenkampfes vor sich. Schon am Vorabend der Gründung der KPD/ML hatte es Versuche gegeben, die Gründung durch Denunziation zu vereiteln. Während einerseits die bürgerliche westdeutsche Presse schlecht getarnte Versuche unternimmt, die soeben ins Leben getretene Partei in Mißkredit zu bringen, gibt es andererseits plötzlich eine lautstarke Kampagne einiger sich als linksstehend betrachtender Personen und Gruppen, die Gründung der Partei sei "verfrüht", es fehlten noch entscheidende Voraussetzungen dazu usw. usf. Daß solche Polemiken nur dem Klassenfeind und den Revisionisten dienen, wird dort besonders augenfällig, wo sie in Aufrufe zur Gründung von Gegenorganisationen und in persönlichen Diffamierungskampagnen gipfeln.

Die österreichischen Marxisten-Leninisten kennen solche Erscheinungen aus eigener Erfahrung. Auch die jungen marxistisch-leninistischen Parteien der anderen Länder haben sie machen müssen - aber sie alle sind damit fertiggeworden, sind bei der Zerschlagung solcher Angriffe gewachsen und haben sich für die zukünftigen Kämpfe gestählt. So wird das auch bei der KPD/ML sein.

Die Gründung der KPD/ML ist nicht nur für die deutsche Arbeiterklasse ein hervorragendes Ereignis. Es ist eine freudige, ermutigende Nachricht für die marxistisch-leninistischen Parteien a l l e r Länder, insbesondere auch für die österreichischen Marxisten-Leninisten.

Außer durch die gemeinsame Sprache ist die österreichische mit der deutschen Arbeiterklasse auch durch gewichtige historische Ereignisse und Fakten verbunden. Neben dem amerikanischen Imperialismus ist der heute mit ihm eng verwachsene deutsche Imperialismus und Militarismus

Außer durch die gemeinsame Sprache ist die österreichische mit der deutschen Arbeiterklasse auch durch gewichtige historische Ereignisse und Fakten verbunden. Neben dem amerikanischen Imperialismus ist der heute mit ihm eng verwachsene deutsche Imperialismus und Militarismus der unmittelbarste Feind der nationalen und sozialen Interessen unseres Volkes. Eine Kraft, die sich den entschlossenen Kampf zum Sturz dieses Imperialismus und Militarismus zum Ziel gesetzt hat, ist für die österreichische Arbeiterklasse daher ein Bundesgenosse, mit dem sie besonders starke Gemeinsamkeiten der Ziele und Interessen, eine besonders herzliche Kampfesbrüderschaft verbinden.

In diesem Sinne wünschen wir österreichischen Marxisten-Leninisten unseren westdeutschen Genossen von Herzen Erfolg beim Aufbau der KPD/ML und bei ihrer festen Verankerung in den werktätigen Massen. In brüderlicher Solidarität mit ihr und mit den anderen marxistisch-leninistischen Parteien unserer näheren und ferneren Umgebung werden wir gemeinsam auf dem von der Sonne der Lehren Mao Tse-tungs erleuchteten Weg vorwärtsschreiten.

MLPÖ

Grußadresse der PARTI COMMUNISTE (MARXISTE-LÉNINISTE) DE BELGIQUE

In ihrem Schreiben vom 16. Januar 1969 begrüßte die Kommunistische Partei Belgiens (Marxisten-Leninisten) die Gründung der KPD/ML:

"Liebe Genossen, wir haben Eure Nachricht von der Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands / Marxisten-Leninisten erhalten.

Wir freuen uns sehr darüber, daß die Einheit der Marxisten-Leninisten Deutschlands verwirklicht worden ist. Dies war unbedingt notwendig; und wir sind gewiß, daß die KPD/ML von Sieg zu Sieg eilen wird unter dem Banner des Marxixmus-Leninismus der großen Weltarmee, geführt durch die immer siegreichen Gedanken des großen Marxisten-Leninisten, des Vorsitzenden Mao Tse-tung.

Wir sind glücklich über die freundschaftlichen Bande, die uns verbinden und die sich noch in Zukunft entwickeln werden. Denn vereint werden wir den Sieg des Marxismus-Leninismus in der ganzen Welt erreichen.

Es lebe die KPD/ML

Es lebe der proletarische Internationalismus

Es lebe der Marxismus-Leninismus

Es lebe die marxistisch-leninistische Lehre des Vorsitzenden Mao Tse-tung.

Für das Sekretariat
J. Vanderlinden

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands / Marxisten - Leninisten

2000 Hamburg 71, Postfach 464

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Ernst Aust, 2 Hamburg 71.
Erscheinungsweise vorläufig monatlich.
Einzelpreis 20 Pfg. Doppelnummer 40 Pfg.